



Kooperieren für den Green Deal (1/2)

Cooperativ | Seite 30, 31 | 22. September 2023
 Auflage: 1.300 | Reichweite: 3.770

respACT



Europa hat sich hohe ESG-Ziele gesteckt und die Weichen in Richtung Kreislaufwirtschaft gestellt. Was diese Transformation der Wirtschaft bedeutet und warum Genossenschaften dabei einen Startvorteil haben.

*Text: Andrea Karner
 Foto: iStockphoto*

Die Herstellung immer vielfältigerer Produkte, die wir immer kürzer verwenden und dann wegwerfen, verschlingt natürliche Ressourcen, die in wachsenden Müllbergen verschwinden. Zumindest in Europa soll sich das bis 2050 ändern. Die EU-Mitgliedsländer haben sich darauf geeinigt, das Ziel der Klimaneutralität in verbindliche Rechtsvorschriften zu gießen. Als Leitfaden für die Politik der nächsten 30 Jahre verfolgt der Green Deal im Wesentlichen zwei Ziele:

- » Erstens soll der Umbau der traditionellen Wirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft wertvolle Ressourcen möglichst lange in der Produktion und im Lebenszyklus halten.
- » Zweitens geht es damit um die Eindämmung von Umweltverschmutzung und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt.

KREISLAUFWIRTSCHAFT UND GENOSSENSCHAFT

Bereits im März 2020 hat die EU einen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft verabschiedet, der sich auf Gestaltung, Produktion, Reparatur, Recycling und Konsumenteninformation konzentriert. Eine

Kreislaufwirtschaft lebt von Kooperation und Kommunikation über die Grenzen eines Unternehmens hinaus. Es geht darum, geeignete Partner zu finden, die das brauchen und verwerten können, was in einem anderen Unternehmen als Abfall anfällt oder als Überkapazität zur Verfügung steht. Unternehmen müssen künftig ihre Wertschöpfungsketten stärker verschränken – und das machen Genossenschaften schon seit über 150 Jahren.

Ein Beispiel zum Thema Energie: Eine Brauerei produziert neben dem eigentlichen Produkt auch Abwärme, die umliegende Gewerbebetriebe oder Haushalte zum Heizen verwenden können. Das trägt dazu bei, die CO₂-Emissionen der Energieindustrie zu senken, die weltweit immerhin 37,6 Prozent ausmachen. Ein anderes Beispiel aus dem Transportsektor, auf dessen Konto weltweit 20,1 Prozent aller CO₂-Emissionen gehen: Frächter schließen sich mit dem Lebensmittelhandel in Plattformen zusammen, um Leerfahrten zu vermeiden und Wege sowie Ladekapazitäten optimal abzustimmen. Das spart neben Treibhausgasen auch Geld.

Schließlich sind auch Konsumenten wesentliche Akteure, wenn es um den Umbau zu einer Kreislaufwirtschaft geht. Laut EU produziert jeder Bürger fast eine halbe Tonne Abfälle pro Jahr. Allein im Bereich Verpa-



Kooperieren für den Green Deal (2/2)

Cooperativ | Seite 30, 31 | 22. September 2023
 Auflage: 1.300 | Reichweite: 3.770

respACT

ckungen erreicht die Menge der Siedlungsabfälle einen Höchststand von 173 Kilo pro Einwohner. Wenn Haushalte Müll trennen und eifrig Plastikabfälle sammeln, sind das für die Industrieproduktion wertvolle Rohstoffe, die bisher nur zu zwölf Prozent recycelte Materialien verwendet.

Das neue Modell der Kreislaufwirtschaft bedeutet für alle Akteure der Wirtschaft vor allem auch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, Respekt vor Menschen und der Umwelt sowie eine gute und offene Kommunikation. Profitable Alleingänge und die Anhäufung von Kapital und Macht in einer Hand sollten der Vergangenheit angehören. Mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 will der Green Deal nämlich auch einen gerechten und inklusiven Übergang gewährleisten und dabei niemanden zurücklassen.

WAS AUF UNTERNEHMEN ZUKOMMT

Für all das steht ein Investitionsvolumen von 350 Milliarden Euro bereit. Damit Kapital auch tatsächlich in nachhaltige Investments fließt, hat die EU-Kommission die sogenannte Taxonomie-Verordnung verabschiedet. Sie schafft eine gemeinsame Sprache für Investoren, die mit ihren Geldern einen substantiellen positiven Einfluss auf das Klima und die Umwelt ausüben wollen. Entsprechend der Verordnung werden Unternehmen künftig den Nachweis darüber erbringen müssen, was sie in den Bereichen Environment, also Umwelt, Soziales und Government zur Erreichung der EU-Nachhaltigkeitsziele leisten. Daraus leitet sich die Abkürzung ESG ab.

Während derzeit nur kapitalmarktorientierte Unternehmen verpflichtet sind, jährlich über die umgesetzten ESG-Kriterien zu berichten, werden es 2026 schon 20-mal so viele Unternehmen sein. In Österreich müssen im kommenden Jahr rund 120 Unternehmen ein Nachhaltigkeitsreporting er-

stellen, ab 2025 stehen 2.500 in der Pflicht, und ab 2026 kommen noch alle börsennotierten KMU dazu. Fakt ist zudem: Auch wenn der Gesetzgeber viele kleinere Betriebe noch nicht direkt adressiert, werden sie als Lieferanten und Partner im Sinne der nachhaltigen Geschäftspolitik durchleuchtet werden müssen. Im Risikomanagement werden Banken die Ratingkriterien, die bereits für berichtspflichtige Unternehmen gelten, sukzessive auch auf alle anderen Kommerzkunden ausrollen, denn für sie gilt die Sustainable Finance Disclosure Regulation. Das heißt: Selbst KMU, die noch nicht betroffen sind, sollten sich vorbereiten.

Für Genossenschaften sind erweiterte Berichtspflichten tatsächlich nichts Neues: Sie haben Eigentümer, Geschäftspartner, Mitarbeiter sowie andere Stakeholder, die seit jeher einen erhöhten Informationsbedarf haben, der mit der besonderen Struktur und den Zielen dieser Rechtsform verbunden ist. Besonders für Energiegenossenschaften gilt: Sie sind regional, nicht gewinnorientiert organisiert, agieren mit ehrenamtlichen Funktionären. Strom wird von den Mitgliedern selbst produziert und verkauft. Den Preis legt die Genossenschaft fest. Das garantiert allen Mitgliedern wirtschaftliche Vorteile, sichert die regionale Versorgung und langfristig Unabhängigkeit vom Weltmarkt.



Internet-Tipp

Der neue Ratgeber „So geht Nachhaltigkeit für KMU und Genossenschaften: Schwerpunkt Kreislaufwirtschaft“ der Volksbanken und des ÖGV ist jetzt kostenlos zum Downloaden erhältlich: www.genossenschaftsverband.at/nachhaltigkeit



Andrea Karner

leitete mehrere Jahre die Geschäftsfelder Kommunikation und csrTAG bei respACT, Österreichs führender Unternehmensplattform für Wirtschaften mit Verantwortung. Zuvor war sie Generalsekretärin der CIBP und viele Jahre Chefredakteurin des „cooperativ“.

